

KAMPFPLATZ BILDUNG

Reiner Zwang

PIA AMACHER*



VERUNSICHERUNG. Angriff, Rundumschlag, Kappe waschen, Hoheitsgebiet bewahren, Einmischung. Die Rede ist nicht vom Kriegsschauplatz in einer Ba-

nanenrepublik, sondern vom Kampfplatz Bildung Schweiz. Es wird um Parteiideologien von rechts bis links, um Macht und Geld gekämpft. Beamte, Bürokraten und Theoretiker, oft fern der Schulen, meinen zu wissen, wie die beste Schule für alle aussehen muss und wollen ihre Überzeugungen allen aufzwingen. Debatten über Noten, Früh-Englisch, Selektion, Leistungstests und schärfere Verordnungen füllen die Zeitungen. Strukturen und Detailfragen scheinen wichtiger als kindgerechte Pädagogik. Verlierer auf dem Schlachtfeld der endlosen und teuren Hick-Hack-Reformen sind schulmüde Kinder, ausgebrannte Lehrkräfte und verunsicherte Eltern.

Wer hat die Verantwortung für den gesamten Bildungsweg der Kinder, wer soll welche Aufgaben übernehmen und wer kennt die Bedürfnisse der Kinder am besten? Sind es die wechselnden Behördenmitglieder und Politiker, die Lehrkräfte oder die Erziehungsberechtigten? Erfolgreiche skandinavische Länder haben erkannt, dass Schulen effizienter und billiger werden, wenn Mitbestimmung und Verantwortung von oben nach unten funktionieren.

NACH DEN KINDERN RICHTEN. Schulen müssen sich nach den Bedürfnissen der Kinder richten. Jedes Kind ist ein Individuum mit speziellen Fähigkeiten, Begabungen und mit einem eigenen Zeitplan. Kinder können nicht in ein System gepresst werden und wie Schrauben der Deutschen Industrie Norm (DIN) gemäss einem exakt geplanten Zeitplan geformt und geprüft werden.

«Verlierer auf dem Schlachtfeld der Schulreformen sind Kinder, Lehrkräfte und Eltern.»

Schulen sollen sich ein eigenständiges pädagogisches und strukturelles Profil geben können, das den Kindern ihrer Umgebung entspricht. Dadurch entsteht ein Bildungsangebot, das den vielfältigen Bedürfnissen der heutigen Kinder und Familien gerecht werden kann. Eltern und Lehrkräfte sollen frei diejenige Schule wählen können, die mit ihren pädagogischen und erzieherischen Grundsätzen übereinstimmt. Durch die freie Wahl werden die Eltern in die Bildungs- und Erziehungsverantwortung miteinbezogen. Wenn Eltern und Lehrkräfte am selben Strick ziehen, steigt die Qualität des Unterrichts und davon profitiert am meisten das Kind. Der Staat soll Rahmenbedingungen erstellen, die allen staatlich anerkannten Schulen, die einen öffentlichen Bildungsauftrag erfüllen, den Schulbetrieb ermöglichen. Die Unterrichtsfreiheit muss garantiert sein. Der Staat soll interne und externe Evaluationen verlangen, damit die Qualität gesichert ist. Er soll allen Kindern den Zugang zu bewilligten und beaufsichtigten Schulen unentgeltlich garantieren. So können die schlechte Durchmischung und die Chancengleichheit verbessert werden.

Unsere schnell ändernde Wissensgesellschaft braucht echte Reformen, die Innovation, Kreativität, Flexibilität, Eigenverantwortung und Selbstverwaltung ermöglichen. Lust und Leistung – Hand in Hand? Schulen in Skandinavien und die Helene-Lange-Schule in Wiesbaden zeigen den Weg.

* Pia Amacher, Lehrerin, Präsidentin der elternlobby.ch